

Laibacher Zeitung.

Nr. 153.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. 7.50.

Donnerstag, 8. Juli.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 8 kr.

1880.

Nichtamtlicher Theil.

2. Verzeichnis

der beim k. k. Landespräsidium eingelangten Spenden für die durch Hagelschlag beschädigten Bewohner von Unterkrain.

	fl.	kr.
Pfarramt Lustthal, Sammlungsergebnis	22	—
Pfarramt Bischofsdorf, Sammlungsergebnis	54	—
Curatie Obersehnitz, Sammlungsergebnis	3	—
Stadtgemeinde Bischofsdorf, Sammlungsergebnis	21	50
Aus Laibach:		
Herr J. Naglas	2	—
Frau Thomschitz, Witwe	1	—
Herr Heidrich	1	—
Herr Josef v. Gerliczy	2	—
" Franz Goltisch	2	—
" Schittnik & Kunst	3	—
" Josef Ravnicher	—	50
" August Marschalek	2	—
" Wilhelm Rudholzner	1	—
" Kapisch	1	—
Frau A. Fischer	2	—
Herr Winter	—	50
" Peter Strell	1	—
" Josef Stadler	—	50
" Kremscher	—	50
" Geba	—	50
Frau Marie Krebel	—	50
" Maria Tchemascher	1	—
Herr Jakob Matjan	—	30
" Caspar Achtschin	2	—
Herr Johanna Schreitter	1	—
" Josefa Schreitter	1	—
Herr Carl Buschin	1	—
" Baron Mac-Neben D'Kelli	2	—
Frau Maria Drenik	—	50
Herr Josef Bischoff	—	50
" Anton Burger	—	50
" Svoboda	—	50
" Ferdinand Bilina	1	—
Frau Jeanette Recher	5	—
Herr Josef Mateusche	1	—
Frau Fanny Kottnik	1	—
Herr v. Glabung, k. k. Lieutenant	1	—
" Dr. Josef Sajovic	2	—
" Rudolf Baron Brandau	2	—
" Michael Dentsche	1	—
" Heinrich Maurer	2	—
" Dr. Barthelma Suppanz	3	—
" Dr. Mader	3	—
" Carl Leskovic	1	—

(Fortsetzung folgt.)

Zeitungschan.

Wir lesen in der „Montags-Revue“: „In einer Note zu dem Artikel eines Provinzialblattes über das neue Cabinet bemerkt die „Neue freie Presse“, Graf Taaffe habe sich, als er von Innsbruck nach Wien kam, nicht nur zur Verfassungspartei gezählt, sondern auch die Bildung eines Cabinets gegen den Willen der Verfassungspartei entschieden abgelehnt. Allerdings hat er bald darauf seine Ansichten gründlich geändert.“ Die Thatsache, daß Graf Taaffe, der nach einem achtjährigen Aufenthalte in Innsbruck die Verhältnisse in Wien nur zum Theile kennen konnte und den ihm gewordenen Auftrag, ein Cabinet zu bilden, so aufzufasste, daß er sich zunächst an die Verfassungspartei wandte, reicht nicht hin, um die von der „Neuen freien Presse“ daran geknüpften Unterstellung, der Ministerpräsident habe bald darauf seine Ansichten geändert, zu motivieren. Graf Taaffe konnte in der Ferne „verfassungstreu“ und „Verfassungspartei“ für identisch halten; in der Nähe überzeugte er sich gar bald, daß sich diese beiden Begriffe nichts weniger als decken, und daß wohl eine verfassungstreue Regierung, nicht aber ein Ministerium der Verfassungspartei möglich sei. Der Ministerpräsident betrachtete sich als den Chef eines verfassungstreuen Cabinets, und nur einem solchen wird er vorsitzen, aber er hat kaum Ursache, sich mit der Verfassungspartei zu identificieren, um an ihren Fehlern Antheil zu haben.“

Zum jüngsten Ministerwechsel schreibt die „Beamten-Zeitung“: „Von den neuernannten vier Ministern sind drei nicht aus dem Parlamente, sondern aus dem Bureau zu ihrer hohen Stellung aufgestiegen. Es zeigte sich denn wieder einmal mit überwältigender Deutlichkeit, daß mitten in den Parteiwirren des Parlamentarismus der Staat zur verlässlichen Besorgung der öffentlichen Geschäfte nicht selten direct an jenen Kreis zu appellieren gezwungen ist, in welchem sich das Gegentheil von dem findet, was dem Staate in der Regel in dieser Hinsicht sonst zugebote steht: also volle Sachkenntnis mit politischer Unparteilichkeit. Es ist dies ganz besonders wichtig bei den sogenannten Ressortministerien, bei denen sicherlich auch die energischste Antheilnahme an den Bestrebungen einer politischen Partei für mangelnde Sachkenntnis keinen Ersatz zu bieten vermag.“

Auf die Anerkennung übergehend, welche die scheidenden wie die ihr Amt antretenden Minister dem Beamtenstande gespendet, bemerkt das Blatt: „Wenn das alles kein leerer Schall ist, so stehen wir da vor der Aeußerung eines sehr erfreulichen Verhältnisses. Es wird endlich einmal anerkannt, daß die Beamten-schaft eine Macht ist, welche die wahre Grundlage einer geordneten Führung der Staatsgeschäfte bildet.“

Nahzu umgekehrt hat sich das Verhältniß seit etwa einem Jahrzehnt. Damals erklärte ein geistreicher Minister — er ruht schon im Grabe, — er könne nur Beamte brauchen, die unbedingt seinem Impulse folgen. Er wollte nicht zugeben, daß der Beamtenstand der Träger der Staatsadministration sei. Nach seiner Meinung war dies der Minister, und der ganze Organismus der Beamten-schaft war ihm nur die sinn- und willenlose Maschine, die von dem Minister gehandhabt werden müsse.

„Wie anders heute! Heute halten die Minister Ansprachen an die Beamten, aus denen die Ueberzeugung hervorleuchtet, daß das Hauptverdienst an der Bewältigung der Staatsgeschäfte eben den Beamten zugeschrieben werden müsse, daß in den Traditionen des Beamtenstandes die Bürgschaft für die Ordnung und die gezielte Entwicklung des Staatswesens gelegen sei, daß der Minister an sich fast machtlos dastehe, wenn ihm nicht die Unterstützung, die Cooperation seiner Beamten zur Seite steht. Diese Anschauungen sind in der That aus den praktischen Erfahrungen der Minister sowohl wie der Parlamentsmitglieder hervorgegangen, und wir möchten sie nicht nur für die höchstgestellten Beamten, für die sogenannten „Referenten“ acceptieren, sondern auch für die große Gemeinde der Beamten des executiven Dienstes, von welcher Branche immer. Diese haben die gleichen Traditionen, auch sie sind geziert durch unbedingte Pflichttreue, durch unwandelbare Ergebenheit für Kaiser und Reich, sowie durch selbstlose Aufopferung der besten Kräfte für das Wohl der Gesamtheit. In dem Herzen jedes Beamten haben die erwähnten Ansprachen scheidender und kommender Minister ganz gewiß freudigste Zustimmung gefunden. Sie haben aber darin zugleich — man darf dies wohl hervorheben — die Ueberzeugung wachgerufen, daß Männer, welche eine so hohe Meinung von den Verdiensten und der staatlichen Stellung des österreichischen Beamtenstandes haben, gewiß nichts unterlassen werden, um den oft geäußerten Wünschen dieses Standes gerecht zu werden.“

Vorgänge in Frankreich.

Die samstägige Abstimmung des französischen Senats über die Amnestie-Vorlage wird selbst von den gemäßigten republikanischen Journalen mit großem Bedauern aufgenommen. Das „Journal des Débats“ macht es der Regierung zum Vorwurfe, daß sie nicht für das Amendement Labiche eingetreten ist und dadurch wenigstens die indirecte Amnestie gerettet hat. Nun, da der Antrag Bozériens von dem Senate angenommen worden, rath das „Journal des Débats“ der Regierung, denselben in der Deputiertenkammer zu vertreten. Dagegen ist der „Temps“ der Ansicht,

Feuilleton.

Aus dem Triglavgebiete.*

(Fortsetzung.)

Gerne wäre ich hier ein wenig länger verweilt, doch heute ist keine Zeit zu verlieren, auch wird in wenigen Stunden die Nacht die Herrschaft antreten, und da wollen wir doch wenigstens schon hoch droben wandeln. Weiter denn also wieder!

Entlang der kraterartigen Umrahmung des Sees geht der Pfad; heute heißt es, einen steil zur Tiefe ziehenden Schneehang traversieren. Vorsicht ist geboten, wollen wir nicht eine unfreiwillige Fahrt zur Tiefe antreten oder nicht gar in einer der geheimnisvoll herauschillernenden Wasseradern ein kaltes Bad nehmen; wohl auf Nimmerwiederkehr. Fest den Fuß einstampfend und den Stock bergwärts gestemmt, ist leicht diese bedenkliche Stelle überwunden.

Abermals beginnt eine Wanderung über endloses Steingetümmel und ausgewaschene Karrenfelder; die Vegetation hört gänzlich auf, und doch noch immer sind wir nicht aus dem Bereiche alles Lebens, wiederholt tauchen noch an geschützteren Punkten kleine grüne Fleckchen auf. Neuerlich deutet Sest auf einen Felswall, welcher anzusteigen ist; dann, so sagt er, sind wir gleich beim obersten See.

Auf dem erwähnten Felswall angelangt, umstarrt uns nichts als Schnee und wieder Schnee; es ist ein Bild strengster winterlicher Starre. Jetzt betreten wir einen mäßig großen, vollständig ebenen Plan. Der Führer hat nicht nöthig zu melden, daß dies der See ist, die oberste der reizenden Zierden des Triglavgebietes. Später werden wir auch ihn in heller Schöne einmal sehen, heute ist er bis zum Grunde zu Eis erstarrt, und nur an seiner den tieferen Partien zugekehrten Seite ist eine kaum 2 bis 4 Quadratmeter große Lache leichten Schneewassers, welche aber auch schon wieder eine dünne Eisschicht trägt. Es ist kalt geworden, seitdem die Sonne hinter der Felsenbank untergesunken, welche den See nach Norden begrenzt. Schnell nehmen wir einen Schluck Wein und steigen weiter.

Jetzt heißt es streng aufsteigen, es ist der steilste und längste Hang der ganzen Strecke zurückzulegen. Im Spätsommer ist die ganze Halbe mit totem Gestein, welches allerorten herabstürzt, bedeckt und der Aufstieg mühsamer noch als heute, wo der Schnee, wenn auch nicht überall, trägt. — Wir sind einge-drungen in die Felsenwildnis des Triglav, das Leben liegt hinter uns, hier ist alles todt; Stein und Schnee umgeben uns.

Könnte ich doch alle, so da empfänglichen Sinnes für erhabene Naturscenerien sind, heraus zu mir jetzt rufen, damit sie, gleich mir, ein Bild zu schauen vermöchten, wie es gewaltiger und großartiger nimmer denkbar. Fern im Westen, da stand der Feuerball

der glühenden Sonne; der Monte Canin ragt majestätisch in den gelbroth angehauchten Luft-Ocean, seine unbestimmten Linien lassen ihn noch gewaltiger erscheinen, denn sonst bei Tage, und um uns her erstarrte noch einmal in zarten Tinten der Schneehang, auf welchem wir standen, und drüben noch einer und wieder einer, alles im langsam ersterbenden Lichte des Tages aufleuchtend und dann im fahlen Geisterdämmer der kommenden Nacht doppelte Dimensionen annehmend. Wer solch' ein Landschaftsbild nicht erschaut, er vermag nicht zu ermessen den Jubel, so unsere Seele erfüllt, wenn wir hoch droben einsam und weltverlassen wandeln und staunend schauen die Wunder der Schöpfung. Bis uns nicht der Frostschauer durch Mark und Bein gefahren, treten wir nicht neuerdings die Wanderung an; Sest erfreute mich recht herzlich durch einige Worte: „So schön habe ich's noch nie untergehen sehen; es ist doch nicht gefehlt gewesen, daß wir aufstiegen.“ Wahrlich nicht! — „Doch noch haben wir vier Stunden bis zur Hütte!“ Das waren bittere Worte. Es ist ein eigen Ding um eine Wegstrecke — wenn von einer solchen überhaupt in Schnee- und Steinwüsten die Rede sein kann — falls man sie nicht kennt; der, so sie früher zurückgelegt hat, er weiß, was ihm bevorsteht. Doch nicht so jener, der das erstmal den Pfad wandelt. Und heute ist's Nacht um uns her in einer halben Stunde. Doch Sest sagt vertrauensvoll: „Ich finde bestimmt, ich führe Sie sicher.“

Hurtig stiegen wir, oft und oft tief einbrechend, den Hang aufwärts. Weiter gegen die Höhe ward der

* Bergl. Nr. 151 d. Bl.

dass der Antrag Bozérians amendiert werden müsse, da man doch unmöglich Mitglieder der Commune, die ihrer Theilnahme an gewissen Beschlüssen wegen oder für ihre journalistische Thätigkeit verurtheilt wurden, gleich jenen gemeinen Verbrechern behandeln könne, welche jede Emeute benützen, um zu rauben und zu plündern. Der „Temps“ wünscht daher, dass nur die rückfälligen Mörder und Brandleger von der Amnestie ausgeschlossen werden sollen. Da endlich selbst das Organ Gambettas, die „République Française“, erklärt, dass die Mehrheit der Deputiertenkammer nicht absolut auf ihrem früheren Votum bestehen, sondern sich mit dem Amendement Labiche oder einem ähnlichen Compromisse begnügen könnte, so erscheint es beinahe als gewiss, dass die eingeleiteten Unterhandlungen zum Ziele führen werden. Allerdings dürfte dann in der Deputiertenkammer eine Verschiebung der Majorität von links nach rechts eintreten. Die Intransigenten werden entschieden gegen das einschränkende Compromiss stimmen, welches die Regierung beantragen soll, dafür wird das Cabinet viele Mitglieder des linken Centrums, welche gegen die allgemeine Amnestie waren, für den neuen Antrag gewinnen.

In einer Zuschrift an die radicale „Justice“ protestieren elf in Paris sich aufhaltende Russen gegen die Verhaftung zweier ihrer Landsleute, welche am letzten Samstag um 4 Uhr morgens aus ihrer Wohnung abgeholt worden sind, und gegen ihre Ausweisung aus Frankreich. „Wir glauben zu wissen“, sagt der „Temps“, „dass diese Ausweisung, die dritte, welche seit fünf Wochen verfügt worden ist, sich auf sieben Fremde erstreckt. Sie hängt durchaus nicht mit der Runderkennung vom 23. Mai (auf dem Bastilleplatz) zusammen. Auf die hervorragende Rolle, welche die Fremden in der socialistischen Agitation spielen, aufmerksam geworden, hat die Regierung sie überwachen lassen und weist jetzt alle diejenigen aus, deren Umtriebe ihr gefährlich scheinen. Diese Ueberwachung dehnt sich auf alle Arbeitercentren aus, in welchen socialistische Agenten auftauchen. So wurden in Reims zwei Fremde ausgewiesen, und auch in Roubaix haben Ausweisungen stattgefunden.“

Die Jesuiten von Lille haben, indem sie sich auf den Artikel 3 der Strafprozessordnung stützten, nach welchem außer der öffentlichen auch eine Civilklage angestrengt werden kann, gegen den Präfecten des Norddepartements einen Ersatz von 10,000 Francs für den ihnen durch die Verletzung ihres Hausrechtes und durch die Vertreibung aus ihrer Wohnung zugefügten Schaden eingeklagt. Dieser Process wird nächsten Freitag vor dem Civilgerichte zur Verhandlung gelangen. — Die Zahl der aus Trotz gegen die Märzdecrete aus dem Staatsdienste getretenen Beamten der Staatsanwaltschaften beläuft sich schon auf 110.

Zur Orientfrage.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, erwartet man, dass noch im Laufe dieser Woche die Collectivnote der Signatarmächte des Berliner Vertrages in der griechischen Frage durch den Doyen der dortigen Botschafter, Herrn v. Novikoff, der Pforte übergeben werden wird.

Nach einer aus Athen kommenden Meldung ist die griechische Regierung, welche der officiellen Notification der Berliner Konferenzbeschlüsse in den nächsten Tagen entgegensteht, entschlossen, jede Action bis zu der zu gewärtigenden Aeußerung der Pforte auf die Collectivnote der Mächte zu vertagen. Einstweilen trifft die Regierung alle Vorkehrungen, um die mobile

Armee auf den Stand von 45,000 Mann zu bringen. Für die eventuelle Einberufung der Territorialarmee, welche 20,000 Mann zählt, werden vorerst nur Vorbereitungen getroffen.

Die Zeitungen discutieren nun, da die Berliner Konferenz ihre Arbeiten beendet hat, hauptsächlich das eventuelle Verhalten der Pforte und Griechenlands den Konferenzbeschlüssen gegenüber. Die Meinungen laufen stark auseinander. Während von der einen Seite eine nachgiebige Politik der Pforte prognostiziert wird, hält man von anderer Seite für das Wahrscheinlichste, dass dieselbe zunächst alles versuchen werde, um die Sache in die Länge zu ziehen, und dass auf eine rasche und gütliche Beilegung der türkisch-griechischen Differenzen schwer zu hoffen sei, so lange Abdin Pascha an der Spitze des auswärtigen Amtes in Konstantinopel stehe. Diese Anschauung ist nach einem Pariser Telegramme der „Kölnischen Zeitung“ in dortigen griechischen Kreisen die vorherrschende, und es wird hinzugefügt, Herr von Freycinet betrachte eine Flottendemonstration für den Fall einer Weigerung der Türkei als das wahrscheinlichste Mittel, einen Druck auszuüben. Frankreich und England würden die Initiative dazu ergreifen. Von einer Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich sei keine Rede.

Aus Konstantinopel, den 3. d. M., wird den „Times“ von ihrem Correspondenten berichtet: „Die Nachrichten, welche der türkischen Regierung aus amtlichen und nichtamtlichen Quellen über die Konferenz zugekommen sind, haben Erstaunen und Erbitterung in den amtlichen Kreisen wie in den oberen Schichten der muhamedanischen Bevölkerung erregt, und man kann jetzt in den Konats von Stambul recht trostlose Reden hören nicht nur über den festen Entschluss, dem Willen Europas Widerstand zu leisten, sondern auch über mögliche Scenen von Mord und Brand. „Die christlichen Mächte — sagen die Leute — wollen uns augenscheinlich aus Europa vertreiben, aber wir werden ein Zeichen von uns zurücklassen, wenn wir über den Bosphorus setzen. Beim Schlusse des letzten Krieges ließen wir geduldig das Los der Besiegten über uns ergehen und traten das Gebiet ab, welches uns entzogen wurde, aber wir sind nicht gesonnen, zwei unserer reichsten Provinzen an unsere frühere Rajah, die Griechen, wegzugeben.“ Die türkische halbamtliche Presse spricht in demselben Sinne, nur in mehr reservierter Weise. Der „Bakit“ hofft, dass, da Griechenland eine Armee von 30,000 Mann aufzustellen sich anschickte, wenigstens nichts geschehe, um die Türkei an ähnlichen Rüstungen zu hindern. Die Aufregung unter der muhamedanischen Bevölkerung ruft Besorgnisse in den europäischen Stadttheilen wach, wo es viele Leute gibt, die bei jedem Sensationsgerüchte in Angst und Schrecken verfallen. Ich glaube indessen nicht, dass Grund zu ernstlichen Besorgnissen vorliege. Wir haben in den letzten vier Jahren gesehen, wie resigniert und theilnahmslos die Muhamedaner von Stambul sind, und man kann zuversichtlich voraussagen, dass sie sich nicht rühren werden, wenn sie nicht von den Behörden aufgestachelt wurden. Da diese aber sehr wohl wissen, dass jede ernstliche Ruhestörung in der Hauptstadt sofort das active Einschreiten Europas zur Folge haben würde, welches sie so sehr zu vermeiden trachten, so ist kaum anzunehmen, dass sie freiwillig jenes Vorgehen einschlagen werden. Dennoch muß zugestanden werden, dass die Gefahr bis zu einem gewissen Grade besteht. Die Regierung sucht augenscheinlich Europa zu erschrecken; sie kann sich in den Mitteln zu diesem Zwecke unabsichtlich vergreifen und so eine unvorhergesehene Katastrophe herbeiführen, obschon sie weiß, dass sie zu allererst unter derselben zu leiden haben würde.“

Tagesneuigkeiten.

— (Grillparzer-Denkmal.) Das in Wien zu errichtende Grillparzer-Monument soll, wie es heißt, im Volksgarten seinen Platz finden. Die Statue, die von Professor Kundmann in weißem Marmor ausgeführt wird, soll derart positiert werden, dass das Gesicht Grillparzers dem neuen Burgtheater zugewendet erscheint. Die Ausführung der Reliefs hat der Bildhauer Wehr übernommen.

— (Der letzte der Grafen Moor.) Am Sonntag ist in Innsbruck P. Carl Moor, Rector des dortigen Jesuitencollegiums, verschieden. Derselbe entstammte der gräflichen Familie Moor und war zu Valsch im Jahre 1824 geboren. Nach Absolvierung der Gymnasial- und juridischen Studien trat er in Staatsdienst und lebte dann auf seinen Gütern bei Meran. Nach dem Tode seiner Gemahlin, gebornen Gräfin Sarnthein, faßte er den Entschluss, die Welt zu verlassen und trotz des vorgerückten Alters als Noviz in die Gesellschaft Jesu einzutreten. Sein einziges Tochterlein, Comtesse Marie, übergab er seinem intimen Freunde Paul Giovanelli. Alle die Beschwerden, welche die strenge Lebensweise und das Studium verlangten, drohten seine Gesundheit zu untergraben und er mußte die Studien auf eine Zeitlang unterbrechen. Im Jahre 1863 feierte er in Meran seine Primiz. Seine Tochter war die Braut des Primizianten. Vor einigen Jahren segnete

er den Ehebund seiner Tochter mit Josef Freiherrn v. Giovanelli in Meran ein. Seit etwa zwei Jahren war Graf Moor Rector des Jesuitencollegiums. Er war in den letzten Jahren etwas kränklich, besonders fußleidend. Seine hervorragenden Eigenschaften waren seine Frömmigkeit und Bescheidenheit, sowie seine Bildung und Weltkenntnis. Mit diesem Todesfalle ist der letzte aus dem Geschlechte der Grafen Moor verschieden.

— (Englische Kunstbegeisterung.) In die Pfarrkirche zu Niederdorf im Buxerthale kam jüngst ein Engländer und bewunderte daselbst die drei Altarblätter von Martin Knoller, einem der besten Tiroler Künstler. Besonders gefiel ihm das Hochaltarblatt, die „Steinigung des heiligen Stephanus“ darstellend, und auf diesem wieder die rechte Hand des Heiligen, die sich von dem Hintergrunde derart plastisch abhebt, als ob sie aus dem Bilde herausgreifen würde. Der Engländer wendete sich an den Pfarrer Kofler und bot ihm die Summe von 4000 fl., wenn er zugestehen würde, dass die „rechte Hand“ des heiligen Stephanus aus dem Altarblatte herausgeschnitten und durch einen unkenntlich hergestellten Einsatz ersetzt würde. Der Pfarrer erschrak nicht wenig über eine solche Zumuthung, die er als ein Sacrilleg, als einen Kirchenscandal erklärte, und der hl. Stephan blieb vor der Amputation bewahrt. Derartige Fälle von vandalischem Kunstenthusiasmus sind bekanntlich nichts Neues. Ein Engländer war es auch, der einst in Harlem viel Geld dafür bot, wenn man ihm gestatten würde, von einem der Bilder, welche die alten Grafen von Holland darstellen, einen Fuß, der sein Entzücken wachgerufen hatte, herauszuschneiden. Auch sind derartige Bilderverkümmelungen, wie man weiß, schon oft thatsächlich vorgekommen.

Locales.

Krainischer Landtag.

9. Sitzung.

Lajbach, 7. Juli.

Vorsitzender: Landeshauptmann Dr. Ritter von Kallenegger; Vertreter der Regierung: der k. l. Landespräsident Winkler. Anwesend 34 Abgeordnete.

I. Das Protokoll der letzten Sitzung wird in deutscher Sprache verlesen.

Abg. Dr. Ritter v. Besteneck bemerkt, er war während der Verlesung des Protokolls nicht anwesend. In den Zeitungsberichten habe er gelesen, dass der Abgeordnete Dr. Bosnjak gegenüber einer von ihm als Referenten gethanen Behauptung den Ausruf: „Das ist eine Lüge!“ gebraucht haben soll. Redner hat diesen Ausruf nicht gehört, denn sonst hätte er unbedingt den Ordnungsruf verlangt. Sollte die bezügliche Aeußerung im Protokolle enthalten sein, so müsste er um eine Rectification derselben ersuchen.

Der Landeshauptmann erklärt hierauf, dass die bezügliche Aeußerung im Protokolle nicht enthalten sei.

II. Mittheilungen des Landtagspräsidiums.

Der Landeshauptmann gibt den Einlauf mehrerer Petitionen bekannt, welche den zugehörigen Ausschüssen überwiesen werden.

Bezüglich der vom Straßenausschusse Radmannsdorf überreichten Petition, auf der nach Belbes führenden Brücke eine Maut errichten zu dürfen, beantragt Abgeordneter Dr. Poklukar, dieselbe wegen Kürze der Zeit dem Landesausschusse zur Erhebung und Berichterstattung in der nächsten Session des Landtages abzutreten.

Abg. Graf Thurn constatiert, dass der Bezirk Radmannsdorf ein vitales Interesse an der Erledigung dieser Angelegenheit habe, und unterstützt diesen Antrag.

Abg. Luckmann bemerkt, er habe schon in der vorigen Session seinen Standpunkt bezüglich der Mauten definiert. Die Angelegenheit könne noch ganz gut in dieser Session ausgetragen werden, daher beantrage er die Zuweisung des Gegenstandes an den volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abgeordneten Luckmann abgelehnt und jener des Abgeordneten Dr. Poklukar angenommen.

Abg. Dr. Bleiweis und Genossen überreichen einen Antrag auf Abänderung des Gemeindegesetzes, dahin zielend, die Erhaltung der Chamelzettel sei über beleumundeten Individuen zu verweigern.

III. Abg. Dr. Ritter v. Besteneck referiert namens des Verwaltungsausschusses und stellt folgende Anträge:

1.) Der Landesausschuss wird beauftragt, die k. l. Regierung unter nochmaliger Darlegung des vom Landesausschusse in der Klage vor dem k. l. Reichsgerichte bereits geltend gemachten Standpunktes um Rücknahme des Normalerlasses vom 31. Juli 1874, Z. 19,620 (nach welchem die Repartition und Einhebung der Umlage der Schulgemeinden nach Art der Einhebung des Schulgeldes durch den Gemeinde-Vorstand und nicht durch die k. l. Steuerämter zu erfolgen habe) zu ersuchen und über den Erfolg dieses Ersuchens dem Landtage in der nächsten Session zu berichten.

2.) Der Landesausschuss wird beauftragt, mit allem Nachdrucke auf die endliche Durchführung des

Schnee fester und das Gehen weniger beschwerlich. — Kaum eine Stunde ist seit dem Verlassen des obersten Sees verstrichen, der Hang ist gewonnen, wir passieren gerade wieder eine, von zwei riesigen Felsblöcken gebildete Pforte, ähnlich jener am zweithöchst gelegenen See, da zeigt sich uns ein weites, fast vollständig mit mächtigen Schneelagern ausgefülltes Hochthal von großartigstem Charakter, es sind die Gribarce.

Der Mond ist aufgegangen. In eine neue Welt, noch eigenartiger, zauberlicher, denn die vorher durchwanderten Partien sich zeigten, sind wir eingedrungen. Geisterhaft recken die dieses weite Hochthal umstehenden Berge ihre Gipfel und Zackenkämme in den Nachthimmel und erscheinen in der unbestimmten Beleuchtung des Mondes um so ungeheurer, je tiefschwarzer der Schlagschatten an ihren Flanken herabzieht. Uns zur Linken, fast schon im Rücken, steigt noch immer beträchtlich der Gipfel des unten vom See aus als ein Berg von erdrückender Mächtigkeit erscheinenden Rau empor, ihm gegenüber steht der Konjabc, von den Einheimischen kurzweg Konjabs geheissen; gerade vor uns — die Richtung andeutend, die wir einzuschlagen haben — steigt ein massig Haupt empor, es ist die „Smrtnja glava“, von hier aus unstreitig das imponierendste Felsgebilde der Umgebung. Von den weiters in großem Bogen das Riesenbecken dieses Hochthales umflehenden Höhen sollen zwei die Bezeichnung Adam und Eva tragen, doch konnte ich bis nun nicht eruieren, welche dies sind.

(Fortsetzung folgt.)

Gesetzes vom 2. Jänner 1869 (L. G. Bl. Nr. 5) über die Bildung von Hauptgemeinden hinzuwirken und auch einer successiven Durchführung desselben zuzustimmen.

3.) Der Landesausschuß wird beauftragt, die im Sinne des Gesetzes vom 3. Dezember 1868 (L. G. Bl. Nr. 17) bisher bestimmten Tagen sowie künftighin von Fall zu Fall die noch zu bestimmenden Tagen den betreffenden k. k. Bezirkshauptmannschaften mit dem Ersuchen um thätigste Ueberwachung der richtigen Einhebung derselben mitzutheilen.

4.) Der Landesausschuß wird beauftragt, darüber strenge zu wachen, daß in allen Gemeinden die vorgeschriebenen Präliminarien und Rechnungen alljährlich verfaßt und geprüft werden (§ 66 G. O.), und zum Zwecke der Ueberwachung eventuell die Hilfe der k. k. Bezirkshauptmannschaften in Anspruch zu nehmen.

In der Generaldebatte ergreift das Wort Abg. Graf Thurn. Redner sagt, die Vertheilung der Hutweiden sei ein mächtiger Factor zur Hebung des materiellen Wohlstandes in Krain. Gegen die Vertheilung wirken nur die größeren Besitzer, die dadurch Vortheil von den kleineren Besitzern ziehen. Auch in national-ökonomischer Beziehung sei die Nichtvertheilung der Hutweiden von großem Schaden. Die Hutweidenrechte gewähren, obwohl sie gegen 300,000 Joch in Krain umfassen und viele Millionen Wert repräsentieren, doch keinen Heller Credit. Werden dieselben endlich einmal vertheilt, dann werde sich der Realcredit in Krain um ein Bedeutendes heben.

Abg. Luchmann weist darauf hin, daß die Bevölkerung schon seit 18 Jahren mit Sehnsucht ein Gesetz über die Vertheilung der Hutweiden erwarte. In vielen Sessionen des Landtages bildete diese Frage schon den Gegenstand der Verhandlung, und der Landesausschuß wurde in der vorigen Session beauftragt, einen Gesetzentwurf darüber vorzulegen. Es seien Gründe ganz triftiger Natur, daß der Landesausschuß diesem Auftrage nicht entsprechen konnte, nämlich der im Reichsrathe erst in Verhandlung kommende Gesetzentwurf über die Commassation. Redner wünscht jedoch nachdrücklich, daß in dieser Frage so rasch als möglich etwas geschehen möge, daher stellt er den Antrag, die Regierung zu ersuchen, dem Landtage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf über die Vertheilung der Hutweiden und Wechselgründe vorzulegen.

Der Landespräsident bezeichnet diese Gelegenheit als eine Frage von größter Wichtigkeit. Durch Vertheilung der Hutweiden sei von den betreffenden Gründen ein bedeutend höherer Ertrag zu erwarten. Der Landespräsident bemerkt, er habe sich bereits in früheren Jahren mit dieser Angelegenheit sehr eingehend beschäftigt. Im Görzer Landtage sei diese Frage bereits im Jahre 1863 verhandelt worden. In diesem Jahre habe Redner einen Gesetzentwurf über die Vertheilung der Hutweiden vorgelegt. Demselben wurde zwar nicht die Allerhöchste Sanction zu Theil, doch nicht aus dem Grunde, als ob die Regierung mit den Principien des Gesetzentwurfes nicht einverstanden gewesen wäre, sondern nur deshalb, weil die Regierung den Umstand anerkennt, daß nicht überall die gleichen Verhältnisse herrschen. Was der einen Gemeinde oft recht ist, entspreche der andern nicht. Darum habe die Regierung dem Görzer Landtage bedeutet, von Fall zu Fall, wie dies im Gemeindegesetze bereits enthalten ist, Gesetze über Vertheilung der Hutweiden zu beschließen. Es werde daher auch hiezu Lande leichter sein, für einzelne Gemeinden Gesetzentwürfe über die Vertheilung zu beschließen, als ein Formulare festzustellen, welches allen Gemeinden entspricht, da weder die Regierung noch der Landtag imstande sein dürften, ein allen Verhältnissen entsprechendes Regulativ festzustellen. Der Landespräsident verspricht, die Regierung werde sich eingehend mit dieser Frage beschäftigen, und sollte es ihr gelingen, allgemein entsprechende Grundsätze festzustellen, so werde sie nicht ermangeln, dieselben dem Landtage vorzulegen. Bis hin aber empfehle es sich unter allen Umständen, die Vertheilung von Fall zu Fall einzuleiten. (Bravo.)

Abg. Pfeiffer erblickt in den Anträgen 3 und 4 des Ausschusses die Tendenz, daß die einzelnen Gemeinden noch mehr als bis jetzt unter die Polizeiaufsicht der k. k. Bezirkshauptleute gestellt werden sollen und ihnen so der letzte Rest der Autonomie entzogen werden solle. Sollten die Ausschussanträge factisch zur Durchführung gelangen, so werde sich jeder befähigte und unabhängige Mann hüten, das Bürgermeisternamt zu übernehmen. Gegen nachlässige Gemeinden könne man auf Grund der §§ 88 und 89 ganz entsprechend einschreiten. Ebenso biete, was die Gemeindehaushaltung betrifft, der § 66 des Gemeindegesetzes genügenden Anhalt, den Vorstand zur Rechnungslegung zu veranlassen. Was die Gemeindezuschläge betrifft, so müsse der Gemeindevorstand dieselben nach § 83 öffentlich kundmachen, der k. k. Bezirkshauptmannschaft sodann die Bitte vorlegen, daß dieselben von den k. k. Steuerämtern eingehoben werden dürfen, und sind erstere höher, so muß nach § 79 des Gemeindegesetzes noch die Zustimmung des Landesausschusses eingeholt werden. Nicht allein die Gemeinden, sondern auch manche Bezirkshauptmannschaften, welche öffentliche Angelegenheiten vom Parteistandpunkte entscheiden und auf diese Weise die

Autorität der Gemeinde untergraben, verdienen gerügt zu werden. Redner erklärt, als wahrer Freund der Autonomie gegen die beiden letzten Anträge stimmen zu müssen, damit den Wunsch verbindend, es möge den autonomen Gemeinden eine längere Lebensdauer beschert sein, als den Bezirkshauptmannschaften in ihrer jetzigen Organisation.

Abg. Graf Thurn verspricht sich von der Bildung der Hauptgemeinden zwar nicht goldene Berge, doch findet auch er es hoch an der Zeit, daß zur Bildung derselben endlich geschritten werde. Größere Gemeinden werden ihre Secretäre besser entlohnen, daher auch fähigere Individuen hiezu anstellen können. Die Localpolizei werde dann gleichfalls besser besorgt werden, umso mehr, als nach dem neuen Polizeigesetze ein bedeutender Theil der Agenden der Judicatur der Gerichte zugewiesen wird. Die Auslagen werden sich verringern und die Gemeinden hiedurch wieder zu Kräften gelangen. Redner spricht sich gegen die Einführung der Bezirkscommissariate aus, denn diese würden durch Polizeicommissarien die Gemeindeautonomie, welche nach mühevollen Kämpfen errungen wurde, ernstlich schädigen. Die Autonomie aber müsse man doch unverfehrt dem Vaterlande und der Nachwelt erhalten.

Abg. Dr. Schaffer weist darauf hin, daß der Gesetzentwurf über die Hutweidenvertheilung im Landesausschuße schon vorbereitet war, als seitens des k. k. Reichsministeriums die Mittheilung kam, daß dem Reichsrathe ein Gesetz in dieser Angelegenheit vorgelegt werden. Ein Landesgesetz hätte früher, bevor die Reichsvertretung die allgemeinen Principien festgestellt habe, keine Aussicht, sanctioniert zu werden. Redner empfiehlt, die Gemeinden mögen die Beschlussfassung darüber durch Petitionen an die hohe Reichsvertretung urgieren.

Abg. Dr. Poklukar constatirt, daß die Frage der Vertheilung der Hutweiden in jedem Landtage und in jeder Generalversammlung der Landwirthschaftsgesellschaft zur Sprache gekommen sei und wiederholt auf die endliche Lösung derselben bezügliche Anträge gestellt wurden. Zwei Millionen Mehrertragnis würden die Hutweiden abwerfen, wenn sie in Wiesen, Acker und Gärten umgewandelt würden. Redner glaubt aber, es sei denn doch nöthig, die Beschlussfassung der Reichsvertretung abzuwarten, auf Grundlage welcher dann, wie der Herr Landespräsident ganz richtig bemerkt habe, ein Landesgesetz werde erfließen können.

Abg. Baron Apfaltrern bemerkt, die Ansichten der Commissionen der Reichsvertretung seien bis nun noch sehr von einander abweichend, man sei nicht einmal über die wesentlichsten Principien einig. Jedenfalls aber werde die Commassation, so lange die Freiheitlichkeit des Grundes und Bodens wie in Krain noch besteht, ihre Wirkungen sehr bald verlieren.

Hiermit ist die Generaldebatte geschlossen.

In der Specialdebatte zum Antrag 1 des Ausschusses spricht Abgeordneter Svetec. Redner kann sich mit dem Operate, welches der Landesausschuß über die künftige Zusammenlegung der Gemeinden vorgelegt hat, nicht befremden. Das Gesetz vom Jahre 1869 bestimmt, es sollen Hauptgemeinden mit 3000 Seelen gebildet werden, und wo größere Gemeinden bestehen, solche nur in besonders berücksichtigungswerten Fällen ausnahmsweise getrennt werden. In dem Operate des Landesausschusses sei nun gerade das Entgegengesetzte der Fall. Es werde darin ein Unterschied gemacht zwischen den Interessen der Stadt- und Marktgemeinden und jenen der Landgemeinden, obwohl dieselben identisch seien. Man habe überhaupt in ganz Europa nirgends mehr den Curienunterschied, selbst in Ungarn nicht, nur in Cisleithanien werde er noch gepflegt. Die großen Gemeinden, welche seit mehr als 30 Jahren zusammengehören, sollen nun plötzlich zerstückelt werden, und insbesondere sind es Stadt- und Marktgemeinden, welche auf eine sehr geringe Seelenzahl nach dem neuen Operate reducirt werden sollen. Wenn man nun fragt, daß die jetzigen Gemeinden für die Erfüllung ihrer Aufgabe nicht geeignet seien, wie können es dann noch kleinere werden? Man hat das Gesetz eben auf den Kopf gestellt und die gestattete Ausnahme zum Grundsatz gemacht. Große Gemeinden, wie es die Mairien waren, oder die Gemeinden mit Obergemeinden, solche strebte das Gesetz vom Jahre 1869 an. Die Petitionen mehrerer Stadtgemeinden um Trennung von den Landgemeinden seien von Laibach aus provocirt worden, überhaupt blicke aus dem Operate sehr der Parteistandpunkt hervor. Redner ersucht schließlich, die Regierung möge dem ungesetzlichen Operate, welches den Interessen der Gemeinden entgegenstehe, ihre Zustimmung verweigern.

Abg. Deschmann constatirt die Wandlungen des Herrn Abgeordneten Svetec, der in einer Session etwas für weiß erklärte, was er schon in der nächsten als schwarz bezeichne. Die dem Abg. Svetec zugerufenen „Dobro“-Rufe haben den Redner staunen gemacht, da der Abgeordnete doch für Hauptgemeinden eintrat, von denen die Herren der Gegenpartei bekanntlich jahrelang nichts wissen wollten. Ein Mitglied der Gegenpartei, Herr Lavrenčič, habe noch vor kurzem in hereditärer Weise der Trennung der Gemeinde Ober-

feld von Wippach das Wort gesprochen, heute scheinen plötzlich andere Anschauungen bei der Gegenpartei eingekehrt zu sein. Die meisten Zuschriften der Gemeinden in dieser Angelegenheit sprechen sich dahin aus, sie hätten mit den Städtern nichts Gemeinames; heute nun behaupte Herr Svetec gerade das Entgegengesetzte. Redner nennt sich als den Verfasser des Operates und versichert, in demselben den Wünschen der Landgemeinden, die doch sonst die Herren der andern Partei allein zu vertreten für sich beanspruchen, in liberalster Weise Rechnung getragen zu haben. Sagen doch die Landgemeinden immer, sie seien die Besitzenden und die Städtler seien Bettler, daraus erkläre sich auch die jahrelang gehegte Sehnsucht, aus diesen Verbänden endlich herauszukommen. Selbst die Landgemeinden Gottschees, ebenso wie die Stadtgemeinde Gottschee, wollen absolut von einer Vereinigung nichts wissen, da die Stadtgemeinde Gottschee befürchtet, sie könnte von den auswärtigen Gemeinden majorisirt werden, so daß es eines schönen Tages dahin kommen könnte, daß der Bürgermeister von Gottschee etwa zwei Stunden weit weg in einer Landgemeinde wohnen würde. Gegen die Behauptung des Abgeordneten Svetec endlich, als seien Petitionen auf Trennung von Gemeinden von Laibach aus „bestellt“ worden, verwahrt sich Redner aufs entschiedenste.

Abg. Lavrenčič bemerkt, für die Scheidung der Gemeinde Oberfeld von Wippach seien besondere Verhältnisse maßgebend und beide Theile damit einverstanden gewesen, um gegenseitig die Kosten zu verringern. Doch will die Gemeinde Oberfeld durchaus nicht, wie dies im Operate bestimmt ist, mit der Gemeinde Poljane vereinigt werden.

(Schluß folgt.)

— (Aus dem Landtage.) Das Ergebnis der gestrigen Landtagsitzung, deren detaillirten Bericht wir in unserer morgigen Nummer zu Ende führen, war die nach mehrstündiger, sehr bewegter Debatte erfolgte Annahme aller vier obenangeführten, vom Referenten des Verwaltungsausschusses Dr. Ritter v. Besteneck im Namen desselben gestellten Anträge. Außerdem wurden noch die Vorschläge der Landesstiftungsfonde pro 1880 und 1881 genehmigt und über mehrere Petitionen Beschlüsse gefaßt. Die weiteren Punkte der Tagesordnung konnten nicht mehr erledigt werden und mußten auf die heutige Sitzung verschoben werden, nachdem die Debatte über die Anträge des Verwaltungsausschusses so große Dimensionen angenommen hatte, daß die Zeit inzwischen allzu vorgerückt war. Um 3 Uhr wurde die öffentliche Sitzung geschlossen; ihr folgte noch eine kurze vertrauliche Sitzung. — Mit Bezug auf den Bericht über die montägige Landtagsverhandlung ersucht uns der Herr Abgeordnete Dr. Bošnjak, seiner Erklärung Raum zu geben, daß er dem stenographischen Protokolle zufolge bestimmt erklärt habe, in der Sitzung des Finanzausschusses, in welcher das Dankesvotum an den Herrn Landeshauptmann besprochen wurde, zugegen gewesen zu sein und gegen den Antrag gestimmt zu haben.

— (Aus der Handelskammer-Sitzung.) Die krainische Handels- und Gewerbekammer hat in ihrer gestern abends abgehaltenen Sitzung ihrem Präsidenten Herrn Alexander Dreö für die Errichtung eines einmaligen Stipendiums von 300 fl. am technologischen Gewerbemuseum in Wien den verbindlichsten Dank votiert und überdies folgende Beschlüsse gefaßt: a) Die Genehmigung des Tarifes der Waganstalt in Reifnitz zu beschränken; b) die Betriebsverwaltung der Kronprinz-Rudolfbahn zu ersuchen, daß die Züge Nr. 703 und 704 bis Laibach, beziehungsweise Tarvis ausgedehnt werden, und daß die Station Matschach den Namen Weissenfels erhalte; c) dahin zu wirken, daß das Postamt Weissenfels auch Pakete bis 5 Kilo aufnehmen und auch telegraphische Postanweisungen befördern dürfe; d) die Gesuche um Wiedererrichtung des Postamtes Wurzen befürworfend dem k. k. Handelsministerium vorzulegen; e) das Gesuch um Mautbefreiung der Fuhrten vom Bahnhofe in die Stadt Krainburg beim k. k. Finanzministerium zu befürworten; f) der k. k. Landesregierung die erbetene Aeußerung dahin abzugeben, daß sich die Kammer gegen die Marktconcessions-Ertheilung an die Ortsvermögensverwaltung Ebenthal ausspreche.

— (Philharmonische Viedertafel.) Die philharmonische Gesellschaft veranstaltet nächsten Montag im Casino ihre statutenmäßige Sommer-Viedertafel. Obwohl dieselbe seit jeher zu den beliebtesten und besuchtesten Unterhaltungsabenden der jeweiligen Sommersaison zählt, verspricht sie heuer überdies noch dadurch ein erhöhtes Interesse zu gewinnen, da es der Direction der Gesellschaft gelungen ist, das renommierte Schantel'sche Waldhornquartett der Wiener Hofoper zur Mitwirkung an diesem einen Abende zu gewinnen. Das genannte, aus durchwegs virtuosen Musikern bestehende Quartett wird sich hiebei theils in Solopiecen, theils in Begleitmusik producieren und durch seine Mitwirkung dem Männerchor ermöglichen, einige der schönsten deutschen Chöre, die speciell für Waldhornbegleitung componiert sind, bisher jedoch in Laibach unserer trübseligen musikalischen Verhältnisse wegen in dieser Vollkommenheit noch nicht vorgeführt werden konnten, vorzutragen.

